

Durchsuchungen im Kreis Höxter am 20.03.2015

Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Paderborn und des Landeskriminalamtes NRW.

Die Staatsanwaltschaft Paderborn führt zusammen mit dem Landeskriminalamt NRW (LKA NRW) ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz gegen zwei Beschuldigte aus dem Kreis Höxter, die sich als Angehörige des "Freistaates Preußen - Provinz Westfalen" bezeichnen.

Der 30-jährige männliche Beschuldigte hatte Ende letzten Jahres vergeblich versucht, im Ausland ein halbautomatisches Gewehr des Typs "AK 47" zu erwerben und nach Deutschland einzuführen, um nach seinen Angaben eine "Polizeitruppe des Freistaates Preußen aufzubauen". Dies geschah offenbar im Einvernehmen mit der 65-jährigen Beschuldigten, die sich selbst als "Vertreterin für innere Angelegenheiten der Provinz Westfalen des Freistaates Preußen" bezeichnet.

Die durchgeführten Ermittlungen haben Anhaltspunkte dafür ergeben, dass es möglicherweise weitere Versuche gegeben hat, Waffen zu beschaffen.

Um dem nachzugehen, sind heute aufgrund richterlicher Beschlüsse die Wohnobjekte der Beschuldigten im Kreis Höxter durchsucht worden.

An der Maßnahme haben drei Staatsanwälte, Polizeibeamte des LKA und auch SEK-Kräfte mitgewirkt. Der Einsatz von Beamten des SEK war erforderlich, um die Sicherheit der Durchsuchungskräfte zu gewährleisten. Aufgrund der mehrere Hektar umfassenden Durchsuchungsobjekte war zudem eine Einsatzhundertschaft der Bielefelder Polizei im Einsatz.

Die Gruppierung "Angehörige des Freistaates Preußen" erkennt in ihrer Außendarstellung die Autorität und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland nicht an. Dies zeigt sich etwa dadurch, dass Gruppenmitglieder an sie gerichtete amtliche Schreiben mit entsprechender Begründung zurückweisen.

Weitere Angaben können derzeit nicht gemacht werden.